antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN –
Bund der Antifaschisten, Schleswig-Holstein

Nr. 53 April 2006





Wir können sie stoppen!

Ca. 4.000 Menschen aus Lübeck, aus vielen Orten Schleswig-Holsteins, Hamburg und Dänemark haben mit einer der größten Antinazidemonstration in Lübeck, stellvertretend für die Mehrheit der Bevölkerung, am Samstag, den 1. April 2006, ihre antifaschistische Haltung und ihren Friedenswillen deutlich gemacht.

Anlass war ein Naziumzug der NPD bzw. Jungen Nationalen zum 64. Jahrestag der Zerstörung Lübecks. Die Opfer der Bombardierung werden von den Neonazis benutzt, um die millionenfachen Verbrechen der Nazis von 1933 bis 1945 vergessen zu machen.

Mit eindrucksvollen Reden, Sprechchören, Fahnen, Transparenten und Musik zog der Demonstrationszug - Jung und Alt - vom Markt zum Holstentor, um dort die Holstenbrücke zu blockieren über die die Nazis in die Innenstadt marschieren wollten.

Als nach einigen Stunden der Nazizug von der Polizei wegen der Blockade der Antifaschistinnen und Antifaschisten umgeleitet werden mußte, liefen über 1000 DemonstratInnen zum Dom, und blockierten dort alle Zufahrtswege. Die Glocken des Doms ließ der Pfarrer läuten, sodass die Nazikundgebung gewaltig gestört wurde. Es wurde erreicht, dass die Nazis zumindest nicht durch die Innenstadt marschieren konnten, den wichtigsten Teil, und somit auch keine Zwischenkundgebungen vor den Kirchen möglich wurden.

Völlig unverständlich ist, dass der Gesamteinsatzleiter der Polizei entgegen den Warnungen der Demonstrationsleitung und der Polizeieinsatzleitung vor Ort die Nazis ins Domviertel marschieren zu lassen. Die eingesetzten Polizeieinheiten waren mit dieser Situation überfordert und sind zum Teil mit äußerster Brutalität vorgegangen. Die Verantwortung für diese Eskalation trägt alleine die Polizei.



Ein großes Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen, Jugendgruppen, Schülervertretungen, Parteien, der Gewerkschaftsjugend, der Antifa, der VVN-BdA und dem Lübecker Bündnis gegen Rassismus hatten sich schon Wochen vorher zu einem gemeinsamen Vorgehen vereinigt und gemeinsam diese Demonstration durchgeführt.

Das Gelingen zeigt wieder einmal:

Gemeinsam sind wir stark - so können wir Faschismus und Krieg stoppen - immer - und überall !

Für die VVN-BdA ist der Konsens – Nie wieder Krieg! nie wieder Faschismus ! unteilbar!

Lore Meimberg

www.kueste.vvn-bda.de

Kommentar

Rechtsruck

Verfolgt man Nachrichten in der Presse und auch im Fernsehen allein in den letzten Wochen, stellt man mit Erschrecken fest, daß seit langer Zeit der Trend nach Rechts bzw. Rechtsaußen nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas immer mehr zunimmt. Ich denke hierbei an Polen, wo eine äußerst rechte Regierung zusammen mit einem reaktionären Klerus die Politik gestaltet, oder nehmen wir die skandinavischen Länder, wo der Trend zu wachsender Fremdenfeindlichkeit immer mehr zunimmt, aber auch Länder wie Italien und Frankreich sind weit nach Rechts abgedriftet.

„Irgendetwas läuft falsch"

So überschrieb die Ostsee-Zeitung einen Bericht über den drohenden Einzug der NPD in den Schweriner Landtag. Der Kampf gegen Nationalsozialismus und Rassismus kann nur erfolgreich sein, so die Zeitung, wenn die Bevölkerung sich engagiert und dabei mitmacht. Aber gerade in kleineren Orten sind die DVU und die NPD bei der Bevölkerung gut angekommen. Sind das Nazis, die alten Leuten helfen und sich mit Kindern und jungen Leuten beschäftigen? Das sind doch nette junge Leute, und nur die Linken machen ständig Ärger.

Wie weit sind wir bereits gekommen, daß auf Drängen der NPD in Halberstadt ein Konzert von Konstantin Wecker abgesagt wurde, weil die Nazis ganz offen mit Störaktionen gedroht haben? Und der Bürgermeister kuscht vor deren Drohungen. Bei einer Demonstration gegen Neonazis am Soldatenfriedhof Halbe in Brandenburg wurde eine Ausweiskontrolle bei antifaschistischen Demonstranten vorgenommen - der Weg zum Überwachungsstaat droht nicht nur, er ist in vollem Gange.

Wer im „Musterländle" Baden-Württemberg mit einem T-Shirt mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz oder anderen durchgestrichenen Nazisymbolen angetroffen wird, dem droht ein Verfahren wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole - Argument: Ein Deutschland besuchender Japaner könne nicht erkennen, ob diese Zeichen für oder gegen Nazis seien (Heiterkeit im Gerichtssaal).

Hier ist zu fragen, von wem solche Juristen eigentlich ausgebildet werden. Es ist bekannt, daß viele Nazijuristen nach 1945 wieder in ihre alten Positionen kamen. Hinweis: Wer wegen eines durchgestrichenen Hakenkreuzes auf der Kleidung mit einer Anzeige rechnen muß, wende sich bitte an folgende Telefonnummer: **030 - 22775757.**

Hatte Bundeskanzlerin Merkel sich schon zu Oppositionszeiten für eine Teilnahme der Bundeswehr am Aggressionskrieg gegen den Irak stark gemacht, so tritt sie jetzt ganz unverfroren für eine Teilnahme der Bundeswehr an Kriegen gegen andere Völker ein - siehe ihre Rede auf der 42. Münchner „Sicherheitskonferenz". Hier werden eindeutige Drohungen gegen den Iran ausgestoßen, dem notfalls mit militärischen Mitteln westliche „Kultur" und angeblich auch Demokratie gebracht werden sollen.

Auch der geplante Einsatz der Bundeswehr zielt eindeutig auf wirtschaftliche Interessen. Wir können es nicht hinnehmen, daß in einer Region, die wertvolle Rohstoffe für unsere Wirtschaft besitzt, Unruhe und Chaos herrschen.

Mittel, die der Bund antifaschistischen Gruppen bisher zur Verfügung gestellt hatte, werden jetzt gekürzt - siehe der Verein „Miteinander" in Sachsen-Anhalt. Darüber hinaus werden die verbleibenden Gelder für den „Kampf gegen Radikalismus von Rechts und Links" verwendet. Der Antifaschismus soll immer mehr in den Hintergrund gedrängt und diskriminiert werden. In Halberstadt/Sachsen-Anhalt hat ein stadtbekannter Neonazi zahlreiche Gewalttaten bis hin zu versuchtem Mord verübt. Strafverfolgung? Nein - Polizei schaltet sich nicht ein, und die Justiz verfolgt diese Taten ebenfalls nicht, da der Nazi bereits wegen anderer Straftaten vor Gericht steht - so das Magazin Kontraste am 23. März 2006.

Wie sehr die Nazizeit relativiert wird, zeigt das Beispiel zahlreicher Filme, die jetzt im Fernsehen ausgestrahlt werden. Hier wird die Hitlerzeit verharmlost nach dem Motto „das waren auch nur Menschen". Auch werden vornehmlich Deutsche als Opfer dargestellt, ohne die Ursachen für Krieg und Vertreibung beim Namen zu nennen. Kritische Magazine und Filme, die sich mit den Verbrechen der Nazis auseinandersetzen, werden so spät ausgestrahlt, daß nur eine kleine Minderheit diese anschauen kann.

Und das alles im Zeichen von über fünf Millionen Arbeitslosen, denen die Unterstützung weiter gekürzt werden soll oder angesichts der Forderungen der Unternehmerverbände nach längeren Arbeitszeiten. Das ist ein „dankbarer" Nährboden für Neonazis.

Es gibt nur eine Konsequenz: Wir müssen uns wehren und massenhaft auf die Straße gehen - Frankreich sollte uns hier ein gutes Beispiel sein.

Gesa und Horst Metzger

Nach den Wahlen keine Entwarnung

Das Erfreulichste an den drei Landtagswahlergebnissen von Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist aus antifaschistischer Sicht die Tatsache, dass es rechtsradikalen und neofaschistischen Parteien nicht gelungen ist, parlamentarische Mandate zu erobern. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass die Rechten zum Teil erhebliche Gewinne zu verzeichnen haben und die CDU am rechten Rand auf Stimmenfang ging (siehe Fragenkatalog zur Einbürgerung).

Ungeachtet der Wahlergebnisse in den drei Bundesländern haben die Neofaschisten ihre Ziele nicht aufgegeben: erst die Straße, dann die Parlamente, dann „das Reich". In Mecklenburg-Vorpommern will die NPD dem sächsischen Vorbild folgen und in Fraktionsstärke in den Landtag einziehen. Die VVN-Bund der Antifaschisten hat in Mecklenburg-Vorpommern eine große Aufklärungskampagne begonnen, um die Ziele der NPD zu durchkreuzen. Wie notwendig es ist, keine Entwarnung zu geben, zeigen übrigens auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen. Dort schafften es die Rechten, Abgeordnetenmandate in verschiedenen Städten und Gemeinden zu erringen.

Die Akte Gudendorf darf nicht geschlossen werden

Zur Gedenkfeier am 6. Mai erscheint ein Flyer über die Geschichte des Massengrabs



Wenn am 6. Mai wie jedes Jahr um den Tag des Kriegsendes und der Befreiung vom Faschismus auf dem Ehrenfriedhof von Gudendorf bei St. Michaelisdonn in Dithmarschen in einer Mahnkundgebung Kränze und Blumen an den Massengräbern für sowjetische Kriegsgefangene niedergelegt werden, können die Teilnehmer Flyer mit Informationen mit nach Hause nehmen. Sie geben Einblick in die Geschichte der Gedenkstätte und rufen zur Mitarbeit in der „Initiative Blumen für Gudendorf" auf, die im Jahre 1983 gegen das Vergessen ins Leben gerufen wurde. In dem Flyer heißt es u.a. : „Es gibt kaum einen Ort in Schleswig-Holstein, der so zum Nachdenken über die Geschichte auffordert wie die Gedenkstätte Gudendorf (Dithmarschen). Wenn Besucherinnen und Besucher durch den Wald zum Gedenkstein gehen, mögen sie bedenken, dass ihr Weg wahrscheinlich über die Gräber vieler Menschen führt, die zwischen 1941 und 1945 als sowjetische Kriegsgefangene in der näheren und weiteren Umgebung den Tod fanden und im Gudendorfer Massengrab vereinigt wurden. Keiner kennt ganz genau die Plätze, wo sie bestattet worden sind. Bis heute gibt es auch keine genauen Angaben über die Zahl der Opfer, die hier in Gudendorf liegen. Und erste nach und nach werden nach Recherchen des Zentralen Archivs des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation in Podolsk auch die Namen der Toten bekannt.

Lange Zeit nahmen Historiker und auch die „Initiative Blumen für Gudendorf" an, dass die Namen der in Gudendorf liegenden Opfer einer Vernichtungsmaschinerie des NS-Regimes nie bekannt werden würden. Aber ein international vernetztes Team von Historikern und Archivaren hat in jahrelanger mühsamer Arbeit einen großen Teil der Opfer ermittelt und aufgeklärt, wo sie zu Tode gebracht wurden. Aus Podolsk wurden immer mehr Daten an die Dokumentationsstätte Stalag 326 Senne Stukenbrock übermittelt, die auch Gudendorf betreffen. Unlängst hat sich eine Gruppe aus der „Initiative Blumen für Gudendorf" auf die Fahrt in den Teutoburger Wald begeben, um sich vor Ort über den Fortgang der Nachforschungen zu informieren. Es war stets ein Anliegen der Initiative, den auf dem Ehrenfriedhof Gudendorf liegenden Unbekannten ihre Identität zurückzugeben.

In ihrem Flyer wird betont: „Nach wie vor bemüht sich die Initiative auch um das Auffinden von Zeitzeugen und um die Sammlung von Fakten und Dokumenten, die das furchtbare Verbrechen aufklären. Diese Gedenkstättenarbeit ist aus wissenschaftlichen und politischen Gründen notwendig, denn nur, wer die Vergangenheit kennt, kann aus ihr für die Zukunft lernen. „

An diesem 6. Mai 2006 beginnt die Mahnkundgebung in Gudendorf um 14 Uhr. Es sprechen Karin Penno-Burmeister, Leiterin der KZ-Gedenkstätte Ladelund, Georg Gerchen (Heide) für die Initiative. Grußworte: Konsul Alexej Smirnow vom Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg, der Landrat des Kreises Dithmarschen und Bürgermeister Thomsen aus Gudendorf. Die musikalische Ausgestaltung hat die Gruppe „Windmoel" übernommen.

Auf den Gräberfeldern werden zum Abschluss Blumen niedergelegt.

Günther Wilke

Grausame Vergangenheit holte den Ex-MdB ein

Der frühere schleswig-holsteinische SPD-Abgeordnete steht in Italien wegen Kriegsverbrechen vor Gericht

Als Klaus Konrad, SPD-Landtagsabgeordneter von 1962 bis 1969, von seiner Partei als Bundestagskandidat für den Wahlbezirk Ostholstein gewählt wurde, war seine Beteiligung an einem Massaker der Wehrmacht in der Toskana längst bekannt. Italien hatte Anfang der 70 er Jahre gegen Konrad und andere ein Strafverfahren wegen Folterung und Tötung von italienischen Zivilisten eingeleitet. Die deutschen Strafverfolgungsbehörden stellten das Verfahren ein, weil es sich bei der Tat nicht um Mord, sondern „nur" um Totschlag gehandelt habe. Totschlag sei aber verjährt. So saß Klaus Konrad, inzwischen 91 Jahre alt, von 1969 bis 1980 für die SPD im Bundestag und wurde sogar noch mit dem Großen Verdienstkreuz und dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Konrad nahm diese Auszeichnungen an. Damals wie heute hat er kein Schuldbewusstsein. Er bedauere die Vorfälle erst seit dem Tag, „an dem mich die Italiener am Kanthaken haben", äußerte er in einem Presseinterview.

Unter Konrads Leitung , so lautet die Anklage heute , sollen die bei einer Partisanenbekämpfungsaktion gefangen genommenen Italiener , gefoltert worden sein, ehe sie erschossen wurden. Konrad äußerte sich dazu in einem Fernsehinterview relativierend, er habe gar keine Veranlassung gesehen, darauf zu achten, dass mehr Erklärungen herausgepresst wurden, weil die Tatsache so primitiv einfach war: „Wer in dem Dorf war, hat unterstützt - aus, fertig."

Die meisten der 54 Gefangenen wurden hingerichtet. Alternativen habe es nicht gegeben, sagt Konrad im Rückblick. Dem Fernsehteam sagte er: „Was wollten sie mit 50 oder 60 Leuten machen, die wir ja gar nicht bewachen können ? „

Ein Zeuge von damals, der sich an Klaus Konrad noch erinnert, schilderte , was er am 14. Juli 1944 in San Polo sah: „Sie kamen in drei Gruppen, die Hände hoch gehoben und gefesselt. Dann wurden sie exekutiert". Britische Soldaten entdeckten später, dass 16 Personen lebendig begraben wurden. Die Leichen wurden mit Dynamit gesprengt, um Folterspuren zu verwischen.

G.W.

Lebendige Klezmer-Musik und der „Nachschlag für eine Gestorbene"

Eine gemeinsame Veranstaltung haben der Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit und die VVN-BdA Wedel am Holcaust-Gedenktag am 27. Januar organisiert : Eine Lesung sowie anschließend jüdische Musik, vorgetragen von der Klezmer-Gruppe „Hopkele" aus Hamburg.

Dr. Achim Juse eröffnete die Veranstaltung im Namen des Arbeitskreises und der VVN-Bund der Antifaschisten und gab danach der Schauspielerin Hannah-Maria Engel das Wort. Sie las aus dem Buch „Nachschlag für eine Gestorbene" von Hedi Fried. Die Autorin kam 1944 mit ihrer Schwester in einem Transport von 500 jungen Mädchen und Frauen von Auschwitz über das Lager Dessauer Ufer im Hamburger Hafen ins KZ-Außenlager an der Rissener Straße in Wedel. Gebannt folgten die Zuhörer der Vorlesenden, die das junge Mädchen schilderte, das behütet in einer Kleinstadt in Rumänien aufwuchs und mit 19 Jahren nach Auschwitz deportiert wurde, getrennt von Mutter und Vater. Einige Wochen nur war sie im Wedeler Lager, aber viele Zuhörer haben die kleine Broschüre „KZ Wedel - das vergessene Lager" gelesen und wissen, wie hart und unmenschlich auch hier das Leben für die Häftlinge war. Von hier aus wurden sie über Eidelstedt nach Bergen-Belsen gebracht, wo sie am 15.April 1945 befreit wurden.

„Freiheit", schreibt Hedi Fried in ihrem Buch, „ ich konnte nicht völlig begreifen, was das bedeuten mochte. Aber eines wusste ich: Ich lebe, nachdem ich tot gewesen bin. Ich starb in der Nacht des 17. Mai 1944, die Nacht, als wir nach Auschwitz kamen. Aber jetzt lebe ich wieder. Mir ist ein Nachschlag Leben gewährt worden. Von nun an werde ich meinen Geburtstag am 15. April feiern. Was immer mir auch geschiet, es wird einem anderen Ich geschehen, dem nichts mehr von dem Mädchen geblieben ist, das an einem Junitag 1924 in Sighet geboren wurde"



Es herrschte Schweigen, als Hannah-Maria Engel mit dieser Passage endete. Konnte es nach dieser Lesung Musik geben? Aber die ersten beiden einfühlsamen jiddischen Lieder gaben einen behutsamen Übergang, und allmählich konnten alle diese mitreißende Musik, die früher den Ablauf des von Religion und Tradition bestimmten jüdischen Lebens im „shtetl" umrahmte, mit vollem Herzen genießen.

Die vier Musiker und die Sängerin Karin Tschamper machten den Abend zum Erlebnis, denn Klezmer ist ein „sprechender" Musikstil, der von Sehnsucht und Trauer, von jüdischem Humor und sprühender Lebensfreude erzählt.

Wedels Stadtpräsidentin Sabine Lüchau appellierte an ihre Generation, das Erlebte der damaligen Zeit an die Jüngeren weiter zu tragen. „Nie wieder dürfen wir Unmenschlichkeit zulassen" mahnte sie.

Marianne Wilke

„Es wurden nie ernsthaft die Spuren verfolgt"

Gabriele Heinecke, Rechtsanwältin aus Hamburg, beklagte in einem Interview, dass die Schuldigen für den Brand der Flüchtlingsunterkunft in Lübeck auch nach 10 Jahren immer noch nicht bestraft seien. Zehn Menschen starben damals in der Lübecker Hafenstraße, 37 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft hatte in einem viel kritisierten Verfahren einen der Überlebenden, Safwan Eid, beschuldigt und angeklagt, der jedoch mit Hilfe der Rechtsanwältin und unter dem Druck vieler Prozessbeobachter freigesprochen werden musste. Gabriele Heinecke hatte damals immer wieder auf drei junge Neonazis aus Grevesmühlen hingewiesen, die am Tatort mit frischen, für Brandleger typischen Versengungen an den Haaren angetroffen wurden. Ein vierter trug vor, er sei zur Tatzeit mit einem geklauten Wagen von Lübeck nach Grevesmühlen gefahren. Auch er hatte die typischen Sengspuren. Die vier wurden nach nur eintägiger Festnahme wieder entlassen. Am gleichen Tag wurde Safwan Eid inhaftiert.

„Einer der vier Grevesmühlener - er ließ sich „Klein Adolf" nennen - hat in den Jahren danach immer wieder die Tat gestanden," berichtet Gebriele Heinecke." Er hat dabei den Tatplan und die Tatausführung geschildert. Die Staatsanwaltschaft behauptete gebetsmühlenartig und im Widerspruch zu der Expertise eines britischen Brandsachverständigen, der Brand sei im ersten Stock des Hauses in der Hafenstraße gelegt worden. Da „Klein-Adolf" erklärt habe, er und seine Kumpane hätten Benzin im Erdgeschoss in einem hölzernen Vorbau angezündet, seien seine Geständnisse unglaubhaft."

Sein Geständnis wurde letztlich dadurch gestoppt, dass das Amtsgericht Neustrelitz ihn im Februar 2000 zu sechs Monaten Haft verurteilte, weil er mit dem Geständnis nicht nur sich selbst, sondern auch die drei anderen der Tat beschuldigte. Ihm ist sozusagen gerichtlich verboten worden, weiterhin zu gestehen.

Die Rechtsanwältin versuchte bis zum Jahre 2003, gerichtlich die Anklage gegen die Grevesmühlener zu erzwingen, jedoch erfolglos." Ich habe den Eindruck gewonnen, dass eine Aufklärung des Brandanschlags in der Hafenstraße nicht im politischen Interesse lag und liegt", beklagte sie. „Nicht nur die überlebenden Hausbewohner, nicht nur die Familie Eid haben sich, auch ich habe mich oft gefragt, ob gegen einen deutschen Jungen mit der gleichen Infamie vorgegangen worden wäre."

Marianne

Peter Gingold 90 Jahre Wir gratulieren!

Man darf niemals, niemals aufgeben!

Unser Freund und Kamerad Peter Gingold feierte am 10.März seinen 9o. Geburtstag im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Das war für Karin u. Siegi N., für Bernd und für mich ein „muss“, trotz glatter Straßen, dort hinzufahren, um gemeinsam den Freund zu ehren, der sich sein Leben lang gegen das Vergessen der Nazi-Verbrechen, für ein aktives Eintreten der Menschen für ihre Rechte, gegen jede Form von Diskriminierung und für den Frieden eingesetzt hat. Sein konsequentes Engagement ist Ansporn für viele junge Menschen sich ebenfalls zu organisieren und für eine bessere Welt zu kämpfen.

Sein Optimismus, den er versucht zu vermitteln, so sagt er, ist kein Zweckoptimismus. Man darf niemals, niemals aufgeben, es bleibt nie wie es ist. „Ich habe die tiefste Nacht der Menschheit erlebt, als das Hakenkreuz über ganz Europa schwebte und fast alle Staatsmänner der Welt glaubten sich mit Hitler arrangieren zu müssen. Das war die verzweifeltste Situation, das war die tiefste Nacht und dann erhellte sie sich - dann kam der 8. Mai 1945“.

Er sagt weiter „Nehmt doch mein Leben. Als ich auf die Welt kam war ich Untertan von Kaiser Wilhelm. Man glaubte, es wäre ewig so sein. Nach zwei Jahren war das Kaiserreich verschwunden.

Dann war die Republik da. Sie dauerte auch nur 14 Jahre. Dann kam das sogenannte 1000jährige Reich. Es dauerte nicht 1000 Jahre und ein klein bisschen haben wir dazu beigetragen, dass es nicht 1000 Jahre blieb. Dann glaubten wir wirklich ein Drittel Teil der Erde geht unabänderlich dem Sozialismus entgegen. 1989 war er auch verschwunden. Da sagte ich zu meinen Freunden und Genossen, steht nicht wie ein Jammerlappen auf dieser Erde, analysiert, wie das geschehen konnte“.

Die Kraft, so sagt er, habe er von den Menschen bekommen, die er erlebt habe auf Veranstaltungen, von jüngeren Menschen, die nicht zulassen wollen, dass den Nazis die Straße freigegeben wird. Wenn er in die Gesichter von Schülern sehe,die noch nie einen Widerstandskämpfer erlebt hatten und ihm zuhörten, nachdem er erst einmal eine Wand durchbrechen musste, und davon überzeugt war, dass etwas hängen bleibt.



Aufgrund seiner Erfahrung aus dem Widerstand sagt er „Widerstand braucht eine Organisation. Ohne Organisation hätte es in dieser Form keinen Widerstand gegeben.

Es wurden viele, kluge Reden auf Peter gehalten. Ergreifend war die Ansprache von Peters älterem Bruder David (93J.), der gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Leo und Familien aus Paris gekommen ist. Sie alle waren im französischen Widerstand. Dort hatte Peter auch seine Frau Etti kennengelernt. Sie gedachten ihrem Bruder und ihrer Schwester und vielen ihrer Familienangehörige, die in Ausschwitz umgebracht worden sind.

Der DGB-Vorsitzende Region Frankfurt-Rhein-Main, Harald Fiedler, bedankte sich bei Peter und fühlten sich geehrt, dass so eine große Persönlichkeit seinen 9o. Geburtstag im Haus des DGB, feiern wollte.

Conny Kerth, Bundessprecherin der VVN-BdA, Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP, Florian Schmalz vom Auschwitzkomitee, Marco Bruazzi, Istituto Salvemini, aus Turin, Roger Lleudiere von der DRAFD in Frankreich und viele Andere ehrten Peter mit Redebeiträgen. Begleitet wurde die Feier von Erich Schaffner, Schauspieler und Sänger. Als er mit dem Lied „Avanti poppolo“ endete sangen alle Gäste mit.

Peter sagte zum Abschluss seiner Rede, die er ja eigentlich gar nicht halten wollte, (alle lachten) „bin ich eigentlich gemeint, bin ich es wirklich. Alle Reden haben mich erregt, bewegt und ergriffen, und dass meine Frau Etti erwähnt wurde, hat mich besonders gefreut. Sie alle gaben mir Mut dem Klassenfeind noch etwas abzutrotzen“.

Zu Ehren seines Geburtstages fand einen Tag später eine Konferenz statt :

„Résistance - *historisch wie aktuell - eine Notwendigkeit“ - „Internationale Solidarität - eine Voraussetzung für sozialen und demokratischen Fortschritt* mit Horst Schmitthenner sowie „Zukunftsentwurf Sozialismus - Perspektiven heute mit Dr. Robert Steigerwald.

Ich habe ein ungeschnittenes Video anzubieten - ein Zeitdokument - von dieser beeindruckenden, bewegenden Feier für 5,00 zuzüglich 1,65 Euro Versand.

Lore Meimberg
VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Buchbesprechung: Verschenkte Jahre – Verfasser: Nick W. Greger

Dieses Buch ist die Geschichte eines ehemaligen Neonazis, der durch eine Begegnung in Namibia mit Schwarzen den ganzen kriminellen Unsinn der Naziideologie ablehnen gelernt hat. Zunächst im Raum Wunsiedel zu den Neonazis gestoßen, war er von Rassismus und Nazitum voll überzeugt. Auf einer Reise nach Namibia sollte er dort weitere Kontakte zu dortigen Nazis aufbauen. Dabei lernte er durch Zufall einen Afrikaner und dessen Familie kennen und sah, dass das sehr liebenswerte und auch gastfreundliche Menschen sind. Er hinterfragte seine bisherigen Ansichten und wurde so zum strikten Nazigegner. Er möchte auch in Zukunft seinen Lebensmittelpunkt in Namibia haben, zumal er dort mittlerweile auch eine schwarzafrikanische Freundin hat, mit der er zusammenleben möchte.

Ein sehr empfehlenswertes Buch, das ein weiteres Beispiel gibt, wie Neonazis zum Ausstieg aus der Szene motiviert werden.

ISBN 3-8334-3809-6 Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

Nordkonferenz in Heideruh 2006

Die „Nordkonferenz“ vom 3. bis 5. März wurde vom Landesverband Bremen organisiert und inhaltlich durch die Neofa-Kommission Küste vorbereitet. Das von Uli (Bremen) erarbeitete Protokoll ist sehr ausführlich und gut - für unsere zwei Seiten aber zu lang.

Wir bitten um Verständnis, dass wir heute nur das Referat von Bernd Meinberg abdrucken. Die wichtigen Ausführungen vom politischen Kampf gegen die sächsischen Faschisten inner- und außerhalb des Parlaments, die von Kerstin Kötliz (Mitglied des sächsischen Landtages für die Linkspartei. PDS) und ihrem Mitarbeiter Volkmar Wölk vorgetragen wurden, werden wir in der nächsten ar bringen; ebenso die Beiträge von Thomas Willms („Zukunftsperspektiven des Antifaschismus“) und Michael Quelle, der zum Thema „ Die Sicht der Jugend auf die VVN-BdA“ sprach.

•

Friedenspolitsche Programmatik der VVN-BdA - die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Bundesregierung - der Irankonflikt - Friedensbewegung

1. Friedenspolitische Erklärung der VVN-BdA

Während des Bundeskongresses 2005 wurde ein Prozess, eine friedenspolitische Programmatik zu entwickeln, begonnen. Der Konsens „Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus“ ist unteilbar. Der Widerstand war und ist immer auch Widerstand gegen Krieg und Faschismus.

Das Engagement in Mittenwald ‚gegen die Elitetruppe der Gebirgsjäger und ihre blutige Tradition, ist eine antifaschistische und antimilitaristische Aktion.

Zunehmende Militarisierung deutscher Außenpolitik, die ihre Höhepunkte in der Beteiligung an den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak hatte, machen es notwendig, gegen diese Entwicklung eine antimilitaristische Programmatik zu entwickeln.

Für ein antifaschistisches, friedliches und soziales Europa.

2. Deutsche Außen und Sicherheitspolitik

Anhand von drei Zitaten möchte ich am Anfang Grundsätze deutscher Außen- und Sicherheitspolitik charakterisieren, wie sie sich in der Vergangenheit mir darstellten:

H. Kohl, ehem. Bundeskanzler Jan. 1991 „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten“

Prof. Kaiser, Berater der Bundesregierung. Im Sammelband „Weltpolitik im neuen Jahrhundert“

„... Deutschland ist jetzt „Zentralmacht Europas“ ... , das die Entwicklung ganz Europas beeinflussen kann, aber es ist zugleich mehr, einer der Hauptakteure des globalen Systems, wenn auch äußerst zögerlich und nicht gewollt“. (Ich unterstelle, dass es gewollt ist!)

Egon Bahr, ehem. Friedensforschungsinst. Hamburg über die Macht „ Die freundliche demokratische Schwester der Macht heißt Einfluss“.

„Verantwortung übernehmen“, „Einfluss nehmen“ - das sind die Zauberworte ‚mit denen gegenüber der Bevölkerung ‚Umrüstung und Beteiligung an Kriegen gerechtfertigt werden soll.

Diese Grundsätze galten auch unter rot/grün. Es geht also um Führungsmacht in Europa - um Weltmachtrolle.

Ich möchte anhand der Rede von Bundeskanzlerin Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz Februar 2006 Grundlagen ihrer Sichtweise der neuen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik skizzieren.

Grundlage bleiben die asymmetrische Bedrohungen, d.h. „ Die Erosion staatlicher Strukturen, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen in den Händen unzuverlässiger Regime“. In den Augen von Merkel ist Iran solch ein Land.

Um diesen Gefahren zu begegnen wird:

- die „transatlantische Partnerschaft“ hier hauptsächlich mit den USA beschworen. Denn, „weil wir geeint sind durch eine gemeinsame Wertebasis, ein gemeinsames Verständnis von verantworteter Freiheit und ein gemeinsames Bild vom Menschen und der Würde des Menschen“.

Meine Kritik ist: die derzeitige Entwicklung in den USA, hin zu einer faschistoiden Politik, die durch ihre Kriegsführungsstrategie gefördert wird, ist mit unserem Wertesystem unvereinbar.

- „... Deutschland ist bereit,... vermehrt Verantwortung zu übernehmen, und zwar über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus, zur Sicherung von Freiheit, Demokratie, Stabilität und Frieden in der Welt“.

Das heißt noch mehr - Bundeswehr in alle Welt - zusammen mit dem „Freund“ USA. Verantwortung - Einfluss - Macht -.

- „. ... dass sich Deutschland in den nächsten zehn Jahren wieder einen Platz in der Spitzengruppe innerhalb der EU erobert“

Ich meine, den hat Deutschland schon - also Wirtschaftsmacht als die Führungsmacht in Europa.

- „„, dass die NATO ein Primat hat, und dass andere Wege erst in dem Moment gegangen werden, in dem in der NATO keine Einigung hergestellt werden kann“... müssen wir unsere Aktivitäten in Bezug auf eine gemeinsame internationale Ordnungspolitik bündeln“.

Hier wird die NATO als zukünftige weltweit operierende Ordnungsmacht angedacht. In dieser Schärfe ist das neu. Die NATO ist ein Militärbündnis

Kein Wort über die UNO, die für die friedliche Lösung von Konflikten, die den Weltfrieden bedrohen, zuständig ist.

- „Wir brauchen ein gestärktes Europa und EU um eigene politische Verantwortung zu übernehmen, inklusive der militärischen Sicherheiten“

Die EU militärisch handlungsfähig machen. Sie sieht eine deutliche Übereinstimmung zwischen der Europäischen Sicherheitsstrategie, dem strategischen Konzept der NATO und der National Security Strategy der USA.

- „... über die Unterschiede zwischen den Worten „preemptive“ und „preventive“ will sie nicht „philosophieren“

„Preemtiv“ heißt ‚es steht ein unmittelbarer Angriff von Land X auf Land Y bevor. Lt. Völkerrecht kann dann Staat Y den Staat X angreifen. „Preventiv“ heißt, dass Land Y vermutet, dass von Land X eine Bedrohung ausgehen könnte. Dann darf lt. Völker-



recht Land Y keinen Angriff führen.

Diesen Unterschied lächerlich zu machen zeigt, dass Frau Merkel dem Preventivkrieg das Wort redet. Der Preventivkrieg wird in den o.a. Sicherheitsstrategien propagiert.

Russland wird im Verlauf der Rede als „strategische Partnerschaft" bezeichnet. Neu ist - USA der Freund - Russland der Partner. Unter Rot/Grün war Russland noch Freund. Was auch richtig ist, denn Russland ist nicht nur unser Öl und Gaslieferant sondern in seiner Außenpolitik auf friedliche Lösungen ausgerichtet.. Merkel erfindet Krisenherde an Russlands Grenzen, die eine Bedrohung für Deutschland sein könnten. Genannt wird z.B. Weißrussland. Ein Ziel ist, Länder wie Georgien, Weißrussland und die Ukraine in die EU und NATO zu integrieren. Dieses ist für Russland eine bedrohliche Situation.

Zusammengefasst:
– NATO soll als eine Art Welt-Ordnungsmacht entwickelt werden
– die Freundschaft zu Russland wird aufgekündigt
– die USA ist der wichtigste Partner Deutschlands
– die Bundeswehr soll noch mehr weltweit eingesetzt werden
– Wirtschaftliches Wachstum um außenpolitisch Verantwortung zu übernehmen

3. Kein Krieg gegen den Iran:

Zunächst einige Fakten:

Der Iran
– wird seit ca. 20 Jahren von den USA mit einem Wirtschaftsembargo belegt, und das hat nichts mit dem Atomstreit zu tun.
– hat Israel nicht anerkannt.
– ist umgeben von Atommächten wie Israel zusammen mit den USA, Pakistan, Russland und US-Militärstützpunkten.
– fühlt sich bedroht, denn Jugoslawien, Afghanistan und der Irak wurden überfallen.
– hat bisher den Atomwaffensperrvertrag grundsätzlich eingehalten
– kritisiert, dass die Atomwaffen besitzenden Vertragsländer den Vertrag brechen, indem sie die vertraglich vereinbarte atomare Abrüstung nicht betreiben
– besteht auf dem lt. Vertrag verbrieften Recht ‚hochangereichertes Material herzustellen, wie z.B. Deutschland und viele andere Staaten auch.

Dem Iran wird angelastet, dieses Material für die Herstellung von Atomwaffen zu missbrauchen und damit zu drohen. Selbst, wenn diese Unterstellung Substanz hätte, wäre ein Krieg gegen den Iran verboten.

Die USA wollen auf keinen Fall, dass ein Land in einer Region eine Vorherrschaft erreichen könnte - schon gar nicht in einer der ölreichsten Regionen der Welt. Der Iran könnte irgendwann zu solch einer Bedrohung werden, wenn er das vorantreibt, was man ihm unterstellt - so die Logik der USA - aber in diesem Fall auch der EU.

Der „Fall" Iran zeigt sehr deutlich die Schwächen des Atomwaffensperrvertrages. Grundsätzlich gilt, dass zivile und militärische Nutzung der Atomkraft kaum auseinander zu halten sind. Insofern ist die Atomkraftnutzung grundsätzlich auch eine Gefahr für den Weltfrieden.

Für Länder, die hochangereichertes Material herstellen können z.B. Deutschland, ist der Weg zur Atombombe nicht mehr weit. Allerdings der Weg zur Herstellung von taktischen Atomwaffen (z.B. für Langstreckenraketen) ist nur für Länder möglich, die diese Hochtechnologie beherrschen oder von anderen Staaten wie z.B. Deutschland kaufen (sh. Pakistan).

Die Sorge, dass Krieg droht ist real und

4. Die Friedensbewegung

macht weltweit mobil. Sie fordert eine konkrete Friedenspolitik im Nahen Osten
– den Beginn eines Friedensprozesses, der die Sicherheitsbedürfnisse aller Staaten berücksichtigt
– eine atomwaffenfreie Zone, das hieße Israel rüste atomar ab
– weltweite atomare Abrüstung

Noch postulieren hochrangige Politiker in Deutschland, dass ein Krieg gegen den Iran nicht infrage kommt. Allerdings Merkels Untertöne und Äußerungen von CDU Politikern ‚man müsse die „Drohkulisse" gegen den Iran erhöhen, lassen darauf schließen, dass Deutschland einen Krieg gegen den Iran auch mit Soldaten unterstützen könnte. Es bleibt zu hoffen, dass Herr Platzeck als SPD Vorsitzender dabei bleibt, dass ein Krieg gegen den Iran mit der SPD nicht zu machen ist. Hier macht die Friedensbewegung Druck mit bundesweiten Aktionen z.B. an den Ostermärschen, am 18. März usw.

Deutschland hat dem Irak 4,5 Mrd. Euro Schulden erlassen, hat Israel 2 U-Boote geschenkt, rüstet die Bundeswehr um in eine international einsetzbare Armee. Das kostet so viel Geld, dass das soziale System in Deutschland zunehmend belastet wird, um das zu finanzieren.

Deshalb wird die Kampagne „Abrüstung statt Sozialabbau - spart endlich an der Rüstung" vorbereitet und soll bundesweit durchgeführt werden.

„Für ein friedliches, antifaschistisches und soziales Europa"
„Für eine zivile deutsche Außen- und Sicherheitspolitik"
„Kein Krieg gegen den Iran"
„Abrüstung statt Sozialabbau - spart endlich an der Rüstung"

Das Heft von „Wissenschaft und Frieden" Atomenergie: Zugriff zur Bombe kann von mir erworben werden. Es enthält auch Irans Umgang mit dem Atomwaffensperrvertrag.

Bernd Meimberg,
VVN-BdA Lübeck/Lauenburg

Freisprüche für Nazischläger

Amtsgericht und Staatsanwaltschaft verharmlosen rechte Gewalt

Das Info Archiv Norderstedt berichtet ausführlich über neofaschistische Gewalt in ihrem Kreis. Wir bringen einen stark gekürzten Auszug ihrer Ausführungen:

„Wie man aus einer neonazistischen Schläger-Bande lediglich „schwierige Jungen“ macht, demonstrierten Amtsrichter Wolfgang Niehaus und die Staatsanwaltschaft in einem Prozess vor dem Amtsgericht in Bad Segeberg. In vier aufeinander folgenden Verhandlungen gelang es ihnen, nur in einem Prozess überhaupt politische Hintergründe zu erkennen. Ansonsten war reihenweise von „Alkohol“, „Gruppendynamik“ oder „Rangelei“ die Rede, die das Gericht offenbar bei Dorf- und Schützenfesten als Normalzustand ansieht. Auch wenn sich die Gewalt überwiegend gegen Ausländer und Andersdenkende richtet, meint Richter Niehaus: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.“

Das info Archiv schildert einen Vorfall, als drei ausländische Jugendliche, Ali, Hicran und Ugur Erman, das Schützenfest in Seth besuchen wollten. Sie wurden schon nach kurzer Zeit von rechten Schlägern durch die nächtlichen Straßen gejagt und schließlich zusammengeschlagen. Dass die Verfolger dabei rassistische Parolen grölten, interessierte das Gericht nicht.

Der zweite Vorfall ereignete sich am Rande einer Disco-Veranstaltung : Auf dem Schulgelände in Nahe tritt der Angeklagte einem 17jährigen „in die Weichteile“ und bricht ihm das Nasenbein. Er habe ihn nur „versehentlich getroffen“, ist seine Erklärung.

Das info Archiv schildert noch andere Vorfälle, die den Richter wenig beeindrucken. Die Täter beleidigten ein anderes Opfer mit den Worten „Scheiß Kanacke, was hast du in unserem Land zu suchen“. Doch wegen „ nicht einwandfrei bewiesener Schuld“ gibt es einen Freispruch.

Vor dem Gerichtssaal diskutieren die Schläger, wer nun das Bier holt und lachen über einige Belastungszeugen.

„Ob die Bande beim nächsten Mal von ihren Opfern angezeigt wird, darf bezweifelt werden, schreibet das Info Archiv. „ Zunächst wäre es schwer genug, die Polizei der Region überhaupt zum Eingreifen zu bewegen, die anschließende Farce vor Gericht nützt nur den Nazis.“

Soweit das Info Archiv (dokumentiert im Internet und im Heft „enough is enough“ Nr. 24)

„Um Europa keine Mauer“

250 demonstrierten in Neumünster gegen Ausreisezentrum und für Bleiberecht

Es war ein breites Bündnis , das in Neumünster zur Demonstration gegen die Einrichtung eines Ausreisezentrums und für das Bleiberecht von Flüchtlingen aufgerufen hatte. Zweieinhalb Stunden marschierten nach Polizeiangaben 250 Personen durch die Straßen der Stadt bis zur Straße Haart, wo nach dem Willen von Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner (SPD) eine „Gemeinschaftsunterkunft von ausreisepflichtigen Ausländern „ entstehen soll. Immer wieder skandierten die Demo-Teilnehmer Losungen wie diese: „Um Europa keine Mauer - Bleiberecht für alle und auf Dauer“. Zu den Aufrufern gehörten u.a. die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Schleswig-Holstein, der Flüchtlingsbeauftragte für Flüchtlings-Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landtages, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Diakonische Werk, der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Grenzgänger e.V. Neumünster, Arbeiterwohlfahrt , VVN-Bund der Antifaschisten , DKP und Linkspartei, Bündnis gegen Rechts Neumünster und viele weitere Initiativen, Vereine und Einzelpersonen.

In ihrem Aufruf stellten die Unterzeichner fest: „Das Innenministerium verfolgt mit dem Ausreisezentrum den Plan, „durch Optimierung der Identitätsfeststellung und Intensivierung der Rückkehrberatung die Anzahl freiwilliger Ausreisen spürbar zu erhöhen. Die Erfahrungen in Ausreisezentren anderer Bundesländer belegen allerdings, dass solcherart zentralisierte Zwangsunterkunft nicht zu einer „Optimierung der Ausreise“ führt. Stattdessen werden Menschen erfolgreich in die Illegalität getrieben.“

Andrea Storke vom Verein Grenzgänger Neumünster e.V. kritisierte in ihrer Rede auf der Auftaktkundgebung der Demo auf dem Großflecken, dass die zwangsweise Kasernierung in einer „Gemeinschaftsunterkunft für ausreisepflichtige Ausländer“ für die Betroffenen einen massiven Eingriff in das Recht der Menschen auf Selbstverwirklichung bedeutet, denn fortan würden diese Menschen zur Bewegungs- und Tatenlosigkeit verdammt. Andrea Storke: „Sowieso mit Residenzpflicht und Arbeitsverbot belegt, wird jetzt staatlicherseits noch weiter in das persönliche Leben eingegriffen. Die Betroffenen sind zwangsuntergebracht und können fortan nicht mehr darüber entscheiden, was sie essen oder was sie nicht essen, lediglich das „ob“ steht den Einzelnen noch frei. Weiterhin ist der Zugang zu Integrationsmaßnahmen verwehrt. Regelmäßige Verhöre durch das Landesamt sowie Zwangsvorführungen bei verschiedenen Botschaften sollen die Menschen mürbe machen und das Verlassen der Bundesrepublik ermöglichen. Weiterhin werden durch die Zwangsumsiedlung sämtlichen sozialen Kontakte gekappt, Zugang zu Beratungsstellen oder Rechtsanwälten wird verhindert oder erschwert.“

Andrea Storke kritisierte: „Statt eine frühzeitige Integration zu fördern und den Menschen auf ihrem Weg in die Gesellschaft zu helfen, werden sie abgeschottet, durch Sondergesetze in der öffentlichen Wahrnehmung kriminalisiert und in ihrer Würde verletzt.“

Andrea Storke und die weiter Redner auf der Demo-Route forderten die Landesregierung auf, die ZUG Neumünster zu schließen und die neu ankommenden Flüchtlinge nach der Erstaufnahme in Lübeck auf die Kreise zu verteilen.



Die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, Pastorin Fanny Dethloff, fügte hinzu: „Das Asylverfahren ist kein Schutzverfahren, sondern Ausgrenzung.“

Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland" in Heide

Unter der Titelzeile ‚Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen' luden der DGB, die IG Metall, ‚Arbeit und Leben' sowie das ‚forum lebenswelt' zur Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland" ein, die bis zum 7. April 2006 im Foyer des Kreishauses in Heide zu sehen ist. Zahlreiche Gäste fanden sich ein, um den Landrat des Kreises Dithmarschen, Dr. Jörn Klimant, den DGB-Regionsvorsitzenden Karsten Wessels sowie Professor Uwe Danker vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte zu hören, die die Ausstellung eröffneten.

In den gleichen Räumen findet am 6. April um 19.00 Uhr eine besonders interessante Begleitveranstaltung statt. Dr. Klaus Bästlein wird über das Thema „Justizterror im Nationalsozialismus - Urteile des Schleswig-Holsteinischen Sondergerichts" sprechen. Dieses Sondergericht wurde von den Nationalsozialisten 1933 eingesetzt. Vor Kriegsbeginn wurde jegliche Kritik am faschistischen Staat nach dem „Heimtücke-Gesetz" bestraft. Ab 1939 folgte die „Volksschädlings-Verordnung" als Grundlage für eine schnelle und harte Aburteilung der „Täter" vor dem Sondergericht. Politische Kritik stand ebenso unter Strafe wie das Abhören von ausländischen Radiosendern oder das freundliche Miteinander mit Zwangsarbeitern oder Kriegsgefangenen. Kleinkriminalität wurde mit drakonischen Strafen belegt. Die Sondergerichte haben mehr Todesurteile ausgesprochen als der berüchtigte Volksgerichtshof von Roland Freisler.

Dr. Klaus Bästlein wird über einige Dithmarscher Fälle von politischer Kritik, „heimtückischen Äußerungen" und dem Todesurteil gegen den polnischen Zwangsarbeiter Bronislaw Duda berichten.

NPD-Chef Köster vor Gericht

Im Internet kursierte seit Januar 2006 eine Liste mit Vorschlägen des NPD-Kreisvorstandes für die Kandidaten, die zur Landtagswahl im September in Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt werden sollen. Doch diese Liste musste ganz schnell geändert werden, denn auf Stefan Köster, der den ersten Listenplatz belegte, wartet ein Prozess.

Der Vorsitzende der NPD Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, steht vom 19. April 2006 an wegen gefährlicher Körperverletzung vor dem Amtsgericht Itzehoe. Er ist einer der Steinewerfer, die am 4. Dezember 2005 bei der NPD-Wahlveranstaltung in Steinburg dabei waren und auf eine am Boden liegende Frau eingeschlagen und getreten hat.

Die Verhandlung findet am 19. April um 10 Uhr im Amtsgericht Itzehoe statt. Wer kann, sollte sich das nicht entgehen lassen. Weitere Verhandlungen sind (wahrscheinlich) der 26. April und eventuell noch der 9. / 10. Mai. *M.W.*

Gedenken in Harrislee

Am Holocaust-Gedenktag am 27. Januar legten Schüler und Schülerinnen am Mahnmal in Harrislee-Bahnhof Blumen und Kränze nieder. Die Gedenkstätte unweit der deutsch-dänischen Grenze erinnert an das Schicksal der etwa 1600 dänischen Häftlinge, die 1944/45 aus dem dänischen Polizeigefangenenlager Fröslev über den kleinen Bahnhof in Harrislee in deutsche Konzentrationslager verfrachtet wurden. Etwa 250 von ihnen fanden den Tod. Für die Häftlinge war Harrislee eine „Station auf dem Weg in die Hölle", schrieben dänische Historiker in ihrer kleinen Broschüre(siehe unten). „ Hier wurden sie in Viehwaggons getrieben, und auf den menschenunwürdigen Transporten begegneten sie zuerst der grausamen Wirklichkeit des deutschen KZ-Wesens. In der Erinnerung der Häftlinge spielt Harrislee daher eine besondere Rolle."

(Henrik Skov Kristensen, Matthias Schartl: „Harrislee-Bahnhof - eine Station auf dem Weg in die Hölle" Beitrag aus „Grenzfriedenshefte" 3/1995.

Hans und Sophie Scholl im Wachsfigurenkabinett

Wer Besuch hat, der Hamburg kennen lernen möchte, der überlegt schon mal, was er ihm von der schönen Hanse-Stadt zeigen sollte. Und meistens ist auch ein Bummel über die Reeperbahn fällig. Als dieser Spaziergang auch bei uns anstand, haben wir einen Besuch des Panoptikums eingeplant und erlebten eine Überraschung. Neben den geschichtlichen Größen, den berühmten Komponisten oder Popstars trafen wir auch auf die Studenten Hans und Sophie Scholl. Nicht nur ihre Persönlichkeiten wurden im Text erläutert, zu ihren Füßen lag ein kleiner Stapel ihres letzten Flugblattes. Die Besucher wurden aufgefordert, den Text durchzulesen und es mit nach Hause zu nehmen. Unter dem Titel „Kommilitoninnen! Kommilitonen!" schreiben die beiden Widerstandskämpfer u.a.: „Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannis , die unser Volk je erduldet hat. Im Namen des ganzen deutschen Volkes fordern wir vom Staat Adolf Hitler die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut der Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen hat."

Die Unterzeile lautet: Nach der Verteilung dieses Flugblattes im Februar 1945 wurden die Geschwister Scholl festgenommen und 4 Tage später enthauptet. *M.W.*

Rückmeldungen

Vor einigen Wochen kam unsere VVN-Zeitung „Zeitzeichen" Nr. 3 mit dem Titel „Brot und Spiele" heraus. Soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, Solidarität mit Betroffenen oder die unsägliche Kampagne „Du bist Deutschland" werden thematisiert.

Ich verteile sie wie immer am Montag beim Flugblatt-Verteilen, beim MASCH-Abend oder in den Arbeitskreisen, in denen ich mitarbeite. Jetzt habe ich etliche Rückmeldungen bekommen, und die sehen anders aus, als ich erwartet habe. Ja, die Artikel seien gut, die Überschriften in gelber Farbe zwar schlecht zu lesen, bringen die Sache aber auf den Punkt. Toll sei in dieser Ausgabe aber vor allem das Spiel. Die Leser haben es ausgeschnitten, vergrößert kopiert, auf Karton geklebt und mit ihren Kindern gespielt. „Endlich mal was anderes als Monopoly", sagten sie.

Ich war erstaunt, aber zufrieden. Die Zeitung wird nicht nur gelesen, sondern auch als ein willkommener Gebrauchsgegenstand in der Familie behandelt.

Mehr können wir nicht erwarten - die VVN-Zeitung „lebt".

Marianne Wilke



Neuengamme - Ik kwam terug (Ich kam zurück)

Eindrucksvoller Gedichtband der Belgierin Ina Stabergh

„An Frau Duerincks-Janssens, Wersbeekstraat 2, Meensel-Kiezegem.

Liebe Freunde, sind unterwegs nach Deutschland. Unbekanntes Ziel, alle gesund. Hoffen bald wieder zurückzukommen. Betet für eine gute und schnelle Heimfahrt. Fernand“

Diesen Brief schrieb der Volksschullehrer Fernand Duerinckx mit Bleistift auf das Etikett einer Konservendose. Während seines Transportes ins KZ warf er ihn aus dem Zug. Der Brief wurde in der Nähe von Mechelen gefunden und seiner Familie zugeschickt. Er datiert vom 10. September 1944. Fernand Duerinckx kehrte wie viele andere Dorfbewohner nicht mehr nach Hause zurück.

Das ist der Beginn einer Pressemitteilung des EPO-Verlages in Antwerpen. Er kündigt damit einen zweisprachigen Gedichtband von Ina Stabergh an, der am 1. März 2006 erschienen ist..

„HIER STEHST DU SCHWEIGEND DOCH WENN DU GEHST SCHWEIGE NICHT“

Diese Worte der Tafel im Rosengarten der Schule Bullenhuserdamm in Hamburg stellt Ina Stabergh an den Anfang ihres Buches, sie spürt diese Verpflichtung und drückt sie in ihrer Sprache aus.

Ihre Gedichte haben mich sehr berührt. Sie haben eine so einfache und klare Sprache, man liest ihre Worte und denkt, so ist es: man spürt das Grauen und zugleich die Hilflosigkeit es auszudrücken.

Schon als Kind hörte Ina Staberg ihren Vater vom Massaker in Meensel-Kiezegem erzählen. Ein Teil der Menschen, die vom KZ nicht wieder zurückkehrten, gehörten zu ihrer Familie. Die Berichte des Vaters ließen sie nicht wieder los. Seit 2002 nahm sie jedes Jahr an einer Gedenkfahrt nach Neuengamme teil. Sie schreibt: „Als ich nach Hause kam, konnte ich aufgrund der Fülle an Leid und darüber, was ich von Angehörigen der Toten gesehen und gehört hatte, ein paar Tage lang nicht mehr sprechen. Vor allem aber in dem Bewusstsein, erfahren zu haben, was Menschen einander zufügen können. - Sobald ich den Schmerz in Worte gefasst hatte, konnte ich wieder atmen.“

So sind die 25 Gedichte entstanden.

Wir Schleswig-Holsteiner wissen über das Schicksal der Häftlinge, die auf der Cap Arcona und den anderen Häftlingsschiffen in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945 verbrannten, ertranken oder erschossen wurden. Jedes Jahr fahren wir nach Neustadt und hören die Berichte der wenigen Menschen, die dieses Inferno überlebt haben. Ina Staberg findet in dem Gedicht „Die Glocke der Cap Arcona“ in nur wenigen Versen Worte, die das ganze Grauen dieser Stunden anklingen lassen. Ihre Lyrik ist sehr „dicht“, kein Wort zu viel - sie fasst ihre Gedanken in einfacher und damit in umso eindringlicher Sprache zusammen.

Vielleicht berührt uns dieser Gedichtband auch so stark, weil das Dorf Meensel-Kiezegem in Belgien, das die Autorin zu ihren Gedichten veranlasste, das gleiche Schicksal erlitt, wie das Dorf Putten in den Niederlanden, das eng mit Schleswig-Holstein verknüpft ist. Auch hier wurden in einer so genannten „Vergeltungsaktion“ alle Männer nach Deutschland deportiert und über das KZ Neuengamme in die Außenlager Ladelund und Wedel verfrachtet.

Ina Staberghs Lyrik spricht auch unsere Gedanken und Gefühle an, sie sind uns nahe.

Dank gebührt auch Raimund Gaebelein. Er hat ihre Gedichte ins Deutsche übersetzt und so einfühlsam gearbeitet, dass die Sprache wunderschön fließt. Auch er kennt das Schicksal der Menschen in Meensel-Kiezegem, hat mit Überlebenden gesprochen, ihr Leid mitgefühlt. Er hat es mit den Augen von Ina Stabergh gesehen.

Die Fotos von Marc Cauwbergs geben einen Eindruck vom KZ Neuengamme. Sie ergänzen die Gedichte und sind hilfreich für alle, die wenig oder nichts über Krieg und Konzentrationslager wissen.

Marianne

(Ina Stabergh „Neuengamme - Ik kwam terug“ EPO -Verlag Lange Pastoorsstraat 25-27, B-2600 Berchem-Antwerpen . ISBN 90 8088 324 7)



Die Glocke der Cap Arcona

Das Ende des Kriegs
Ganz nahe.
Neuntausend Häftlinge
Zur Lübecker Bucht.

Auf drei Schiffe zusammengepresst,
Häftlinge auf dem Deck,
Häftlinge im Rumpf.

Bombardierung der Schiffe.
Die ‚Cap Arcona‘ und die ‚Thielbeck‘
Standen sofort in Flammen
Und sanken in die Tiefe.

Siebentausend Menschen
Verbrannten an Bord,
ertranken
in der Ostsee
oder wurden erschossen.

Unbeschädigt hängt die Schiffsglocke
Der ‚Cap Arcona‘
Im Museum von Neuengamme.

Zwei Ostermärsche in Schleswig-Holstein

Unter dem Motto „Neue Kriege verhindern „ ruft die Friedensbewegung Schleswig-Holsteins am Ostersonnabend, den 15. April, 2006 zu zwei Ostermärschen in Kiel und Wedel auf. Sie knüpft an die Forderungen des bundesweiten Friedensratschlages anknüpft, der sich am 5. Februar auf folgende sechs Punkte geeinigt hat:



1. Es gibt kein politisches Ziel, das einen Angriffskrieg rechtfertigt.
2. Kein Krieg gegen den Iran. Alle Kriegsvorbereitungen müssen gestoppt werden.
3. Der Atomwaffensperrvertrag muss eingehalten werden. Der Iran wird aufgefordert, seine Zusammenarbeit mit der internationalen Atomenergiebehörde fortzusetzen und weiterhin Inspektionen zuzulassen.
4. Atomwaffen müssen überall auf der Welt abgerüstet werden.
5. Entschärfung des Konflikts zwischen dem Iran und anderen Regionalmächten durch Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten.
6. Keine deutsche Beteiligung an einer Vorbereitung des Krieges gegen den Iran. Die Bundesregierung muss gegenüber den USA klar stellen, dass auch die US-amerikanischen Atombasen in Deutschland nicht für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen.

In Kiel beginnt die Auftaktkundgebung um 11 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz.

Eröffnung: Benno Stahn, Moderation: Sieghard Kühl, Ostermarsch-Reden: Pastor Klaus Onnasch, Bernd Meimberg (VVN-BdA).

Zwischenkundgebung im Hiroshima-Park. Moderation : Nadja Kleinholz (ZAA). Parteien für den Frieden. Es sprechen: Fleming Meyer (SSW), Bettina Jürgensen (DKP), Lorenz Gösta-Beutin (WASG).



Abschlusskundgebung auf dem Asmus-Bremer-Platz. Moderation: Wittigo Stubbe, Abschlussreden: Helmut Welk (FI Barmstedt), Pastor i.R. Volker Bethge (Lübeck).

Wedel, Beginn: 10 Uhr auf dem Rathausplatz. Redner: Pastor i.R. Sönke Wandschneider . Musik von „de todo un poco“ und der „Oma-Körner-Band“. 11 Uhr Ostermarsch durch Wedel . **Abschluss auf dem Theaterschiff „Batavia“ ,** Friedensfest und Diskussion mit Pastor i.R. Sönke Wandschneider und Heinz Stehr (DKP). Musik von der „Oma-Körner-Band“.

Zwangsarbeiter in Kiel

„Zwangsarbeit in der Kriegsmarinestadt Kiel 1939 - 1945“ ist der Titel eines Buches von Dr. Jan Klußmann. Es stellt die Ergebnisse eines Forschungsprojektes vor, das der Autor unter Leitung von Dr. Jürgen Jensen, ehemals Leiter des Stadtarchivs Kiel, in zweijähriger Arbeit durchführte.

Klußmann rückt in seinem Buch die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter in den Mittelpunkt :den Arbeits- und Lageralltag, das Verhältnis zur deutschen Bevölkerung, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen von „Fremdarbeitern“, das Verhalten der Justiz sowie die Formen der Verweigerung und der Kontrolle. Er wertete nicht nur Dokumente aus den Archiven aus, sondern hat auch Zeitzeugenberichte herangezogen. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen die „Ostarbeiter“ aus der besetzten Sowjetunion, die den schlechtesten Lebensbedingungen ausgesetzt waren und über deren Schicksal bisher wenig bekannt war. Insgesamt haben in Kiel 30.000 - 40.000 Häftlinge aus dem besetzten Europa Zwangsarbeit leisten müssen, ohne Rücksicht auf Alter oder Geschlecht. Sie schufteten in der Rüstungsindustrie, insbesondere auf den großen Werften und im Kriegsmarinearsenal, aber auch im Baugewerbe, im öffentlichen Dienst der Stadt Kiel oder im städtischen Krankenhaus.

Fast alle lebten unter erbärmlichen Verhältnissen in den über 100 Lagern in und um Kiel, umgeben von Stacheldrahtzäunen , die zum Teil unter Strom standen und mussten so die Kriegsproduktion in Kiel aufrecht erhalten. Die Überlebenden erlitten schwere gesundheitliche Schäden und kranken noch heute an den Folgen.

Ihr Schicksal darf nicht in Vergessenheit geraten, betonte Dr. Klußmann.

Das Buch ist der 81. Band der „Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte“, und kostet 24 Euro (ISBN 3-89534-481-8)

Zur Feier gehört auch das Nachdenken über Faschismus

„Anlässlich unseres 25-jährigen Schuljubiläums verkaufen wir T-Shirts mit einem Bild des Mannes, nach dem unsere Schule benannt ist“, sagte der Chef der Dietrich-Bonhoeffer-Schule in Kaltenkirchen. Dietrich Bonhoeffer, an den am Eingang der Realschule in Wort und Bild erinnert wird, war evangelisch-lutherischer Theologe, profilierter Vertreter der Bekennenden Kirche und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Er hatte sich 1933 in einer Rundfunkrede bereits zwei Tage nach der Machtergreifung öffentlich gegen Hitler ausgesprochen. Er wurde von der Gestapo verhaftet und am 9. April 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichtet. Das Todesurteil gegen Bonhoeffer - ebenso gegen andere Widerstandskämpfer - galt nach dem Kriegsende noch jahrzehntelang als rechtens, so dass Bonhoeffers Verwandten als Verfolgte des Naziregimes keine Entschädigung zugesprochen wurde. Es dauerte ein halbes Jahrhundert, bis er rehabilitiert wurde.

Die Theater-AG der Schule führte das Stück „ Ruckzuck und Rechtsum“ auf, in dem gezeigt wird, wie eine demokratische Gesellschaft vom Faschismus infiziert werden kann. Der Schulverein hat aus Anlass des Jubiläums sogar eine neue Tonanlage im Wert von 4.000 Euro gestiftet.

Die T-Shirts mit dem bild Bonhoeffers sind übrigens in der Realschule für je 10 Euro erhältlich.

(Diskussions-)Veranstaltung:

„Des Nazis neue Kleider“

am Donnerstag, 27. April um 19.00 Uhr im DGB-Haus (Holstentorplatz Lübeck)

Referent ist Andreas Speit, Journalist, Autor und Mitglied der VVN-BdA Hamburg. Bekannt geworden ist er durch Veröffentlichungen wie z.B. „Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der Neonazis“, „Ästhetische Mobilmachung“ usw.

Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel?! So soll es nicht mehr sein! Täuschen und tarnen ist angesagt! Smarte Intellektuelle statt rabiate Skinheads!

Die meisten Neonazis sind heute nicht mehr eindeutig anhand ihres Outfits zu identifizieren. Vielmehr versuchen sie durch gemäßigtes Auftreten in Turnschuhen oder gar in Schlips und Kragen, auf Akzeptanz in der breiten Öffentlichkeit zu stoßen.

Sie präsentieren sich seriös, bieten volkstümliche „Kulturveranstaltungen“ an, nehmen störend an Diskussionsrunden teil und verteilen CDs und „Schülerzeitungen“ auf Schulhöfen.

Für existenzielle Probleme vieler Menschen wie Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Armut bieten sie einfache Scheinlösungen an. So gelingt es den Neonazis ihr gefährliches Gedankengut zu verbreiten und bei Wahlen erfolgreich zu sein. Die neofaschistische NPD, sowie die der NPD nahestehenden „Kameradschaften“, spielen hier eine führende Rolle.

Diese Strategien wird Andreas Speit mit Hilfe von Fotos und Filmausschnitten beleuchten. Wir laden Euch/Sie ein sich zu informieren und Fragen zu stellen.

Besonders am Herzen liegt es uns, die Möglichkeit zu Diskussion zu bieten und die Kontaktaufnahme zu Gleichgesinnten zu ermöglichen. Wir möchten Ideen entwickeln, wie man gemeinsam der neonazistischen Entwicklung auf kreative Weise entgegentreten kann.

Termine

Ostermarsch in Kiel
Ostersonnabend 15.4
11 Uhr Asmus-Bremer-Platz

Ostermarsch in Wedel
Ostersonnabend 15.4.
10Uhr Rathausplatz

Gedenkfeier in Gudendorf
am 6. Mai um 14 Uhr
Bringt bitte Blumen mit

12. Antifaschistischer Stadtrundgang
in Elmshorn am 6.Mai
14 Uhr Kremer Werft, Nordufer
14.30 Synagoge, Flamweg
14.50 Elmshorner Nachrichten, Schulstraße
15.10 Ehemaliges NSDAP-Parteilokal Norderstraße
15.40 Amtsgericht, Bismarckstraße
16.00 Veranstaltung in der VHS „Gerichtsverfahren oder „kurzer Prozess“ Mit Dr. Kurt Pätzold, Berlin.

Kontakadressen:

- ▼ Schleswig-Holstein: Marianne Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [mariannewilke@web.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25 24536 Neumünster
- ▼ Ostholstein: Hans-Eberhard Gaus, Grömitzer Str. 11, 23730 Schashagen
- ▼ Norderstedt: Siegfried Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wtnet.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Küstringer Str. 7, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Wedel: Horst Metzger, Fasanenweg 10, 22880 Wedel [horst.metzger@planet-interkom.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

Neofakommission Küste [www.kueste.vvn-bda.de]

V.i.S.d.P.: M. Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schlesw.Holstein/Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel. 040/ 431888 20

Sitzungen des Landesvorstands S.-H.
am 3.6., 2.9., und 2.12.
um 13 Uhr (meistens DGB-Haus Neumünster)
wie immer mitgliederöffentlich
Vorschläge zur TO erwünscht

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V.
Landesvereinigung Schleswig-Holstein, Lindenstr. 9
24118 Kiel, Tel. (0431)569353, Fax (0431) 735046;

Gemeinnütziges Spendenkonto:
VVN-Bund der Antifaschisten e.V.
Norderstedter Bank EG, BLZ 200 691 11
Kontonummer: 42 28 00

Mitdenken – Mitmachen – Mitglied werden

O Ich wünsche weitere Informationen über die VVN – Bund der Antifaschisten

O Ich möchte Mitglied der VVN – Bund der Antifaschisten werden

Name: ....

Straße: ....

PLZ, Ort: ....

Bitte einsenden an
VVN Bund der Antifaschisten Schleswig-Holstein e.V * Lindenstraße 9 * 24118 Kiel * Tel. (0431) 569353